

Ombudsman...

Fortsetzung von Seite 16

Die Privatisierung hat mehr oder weniger bislang nur hypothetisch zu einem Wettbewerb geführt, weil die Anbieter praktisch ein Gebietsmonopol innehaben und höchstens für 10% der Nutzungen eine Konkurrenz besteht. Erst ein vollständiger Marktwettbewerb wird nach Einschätzung der Behördenvertreter eine Beschwerdebearbeitung überflüssig machen.

Zusammengefaßt haben die vielfältigen Kontakte der Kommission des Petitionsausschusses mit Politikern und Beamten in London einen sich seit den 60er Jahren immer stärker entwickelnden Trend zum Ombudsman ergeben. In der Bundesrepublik gibt es diesen Trend auch, wie die Schaffung von Beauftragten für vielerlei Aufgaben zeigt, angefangen vom Wehrbeauftragten bis hin zu den Umwelt- und Frauenbeauftragten auf kommunaler Ebene. Sie zeigten aber auch: Verwaltungskontrolle in der Art, wie sie ein Ombudsman betreibt und erst recht, wie sie von einem Verwaltungsgericht betrieben wird, trägt die Tendenz in sich, die Beamten zu vorsichtigerem und geradezu ängstlichem Verhalten zu veranlassen und dies gerade dann, wenn allgemein verlangt wird (wie z.B. in dem Fulton-Bericht über den öffentlichen Dienst), die Beamten sollten kühner und dynamischer handeln. Deshalb ist es leider möglich, daß alle Vorkehrungen mit dem Ziel, keinem Bürger Unrecht durch eine Behörde zuzufügen, gerade dazu führen, daß die Bevölkerung nicht die Dienstleistungen erfährt, die sie sich wünscht.

★

Ostwestfalen-Lippe: Sechs Prozent plus

„Ostwestfalen-Lippe ist eine gute Adresse.“ Unter dieser Überschrift hat der SPD-Abgeordnete Jürgen Jentsch eine Lanze für seine heimatliche Region gebrochen. In einer Mitteilung weist er darauf hin, daß die Arbeitsplätze mit einem Plus von sechs Prozent in Ostwestfalen-Lippe stärker zugenommen hätten als im Land und auf Bundesebene. Das gelte besonders für das produzierende Gewerbe. „Ich denke, daß wir wahrhaftig nicht das Schlußlicht bilden“, erklärt der Politiker aus Gütersloh. Er verweist ferner auf Ostwestfalen-Lippes besonderen Reiz: das gesunde Umfeld mit seinen Landschaftsreizen und vielen Freizeitangeboten.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 23 03, 884 23 04 und 884 25 45, btx: * 5 68 01*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf

Porträt der Woche

Wenn im Düsseldorfer Landtag der Name Norbert Burger fällt, heißt es zumeist im gleichen Atemzug auch „Burger-Kommission“. Der Kölner Oberbürgermeister hat sich in seiner zweieinhalbjährigen Abgeordnetenzeit weniger mit tagespolitischen Beiträgen hervorgetan, er wirkt eher hinter den Kulissen, und da hat sein Name bei Kollegen, vor allem aber in der Ministerialbürokratie, einen guten Klang.

Mit der vom Hauptausschuß eingesetzten und von Norbert Burger geleiteten und maßgeblich bestimmten „Kommission zur Effizienzsteigerung der Landesverwaltung“ hat der SPD-Mann die Ministerien ganz schön unter Druck gesetzt. Bis zum Jahresende muß die Landesregierung dem Hauptausschuß über die Umsetzung der von der Kommission erarbeiteten Vorschläge Bericht erstatten. Da Burger als Jurist und Verwaltungsfachmann weiß, wo angesetzt werden muß, wenn die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltung gesteigert werden sollen, herrscht in einigen Ressorts „extreme Hektik“, wie ein Insider zu berichten weiß. Drei Untergruppen sind gebildet, um bis Jahresfrist die Verwaltung gründlich nach mehr Effizienz zu durchforsten. Burger ist sich bewußt, daß der mit seinem Namen verknüpfte und im März dieses Jahres verabschiedete Bericht „etwas Aufregung unter Personalräten“ verursacht hat, und ihm ist auch klar, daß es sich um „einen ziemlich umfangreichen Auftrag“ handelt, dennoch bleibt der Sozialdemokrat klar bei seiner Linie: „Wir werden prüfen, ob das, was die drei im Landtag vertretenen Parteien einstimmig beschlossen haben, auch wirklich umgesetzt wird.“

Neben dieser Sisyphusarbeit sind Burgers Themen ganz die eines Mannes, der in der Kommunalpolitik groß geworden ist: Wahlrecht für Ausländer, Reform der Gemeindeordnung; für den Landesorden hat er sich eingesetzt, der private Lokalfunk ist sein Steckenpferd, vor allem aber beschäftigt ihn die Sozialpolitik.

Das soziale Engagement war wohl auch ausschlaggebend dafür, daß Burger in die Politik gegangen ist. Sein Elternhaus — der Vater Bauunternehmer und Architekt, die Mutter Hausfrau — war weder politisch noch religiös besonders ausgerichtet. Als der Vater nach einer Erkrankung erwerbsunfähig wurde, übernahm die Mutter das Geldverdienen. Burger erinnert sich: „Prägend war meine Mutter, die in der Sozialverwaltung eine Anstellung gefunden hatte. Da habe ich schon als Kind mitbekommen, wie Leute zu uns nach Hause kamen, um geholfen zu bekommen.“ Trotz finanzieller Schwierigkeiten konnte Norbert Burger, der am 24. November 1932 in Köln geboren und im Arbeiterviertel Ehrenfeld aufgewachsen ist, das Abitur machen und Jura studieren.

Die soziale Arbeit seiner Mutter, das pazifistische Ideengut, das er in einem Quäkernachbarchaftsheim mitbekam, und der europäische Zeitgeist der 50er Jahre brachten dem jungen Kölner den Gedanken der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) näher. Für sie machte er Wahlkampf, ohne allerdings wie Johannes Rau und Diether Posser der GVP beizutreten. Allmählich dann hatte der Jurastudent doch den Wunsch, nicht nur dabei zu sein, er wollte politisch etwas verändern und wünschte sich, daß die CDU als Regierungspartei abgelöst würde und die anderen „auch einmal drankämen“. So trat er am 1. Juli 1957 in die SPD ein, übrigens nur wenige Tage später als Rau von der GVP zur Sozialdemokratie überwechselte. Mit der für ihn typischen Selbstironie meint er heute: „Das einzige, was sich bei der Bundestagswahl 1957 veränderte, war, daß die CDU zum ersten Mal die absolute Mehrheit bekam.“



Norbert Burger (SPD)

Aber er hatte eine Entscheidung getroffen und seine politische Karriere verlief seither kontinuierlich nach oben. Von 1958 bis 1968 war er Vorstandsmitglied in den Kölner Ortsvereinen Ehrenfeld und Sülz. Seit 1968 ist er Mitglied des Unterbezirksvorstandes, zwischenzeitlich war er Ortsvereinsvorsitzender und wiederholt Delegierter auf Unterbezirks-, Landes- und Bundesparteitagen. 1975 wurde er in den Rat der Stadt Köln gewählt. Seit dem 28. Oktober 1980 ist er Oberbürgermeister, und seit 1985 vertritt er die Domstadt im Landtag. Beruflich folgte nach dem Jurastudium eine Tätigkeit als Repetitor. Von 1963 bis 1973 war er Beamter der Stadt Köln, wechselte anschließend als stellvertretender Chef in das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung über und war anschließend sechs Jahre lang Abteilungsleiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Privat ist Norbert Burger verheiratet und hat drei Kinder. Für viel Privates — etwa mit dem Schlauchbötchen in Jugoslawien oder Spanien auf dem Wasser zu schippern oder in Krimis oder Geschichtsbüchern zu schmökern — bleibt mit dem Doppelpmandat als Oberbürgermeister der Fast-Millionenstadt und Landtagsabgeordneter nicht viel Zeit übrig, auch wenn Burger seine Ausschussarbeit allein auf den Hauptausschuß beschränkt hat.

1990 möchte der SPD-Politiker wieder in den NRW-Landtag einziehen, weil es als OB einer so großen Stadt schon wichtig sei, im Landtagsparlament präsent zu sein. Allerdings weiß Burger auch realistisch: „Man muß nicht glauben, daß ich alles, was für Köln gut ist, auch im Landtag durchsetzen kann. Da treffen sehr viel widerstreitende Interessen aufeinander.“ Immerhin könne man doch das eine oder andere durchbringen. Mit dieser Doppelmitgliedschaft wird es, falls die Kommunalreform in den 90er Jahren Gestalt annimmt, allerdings schluß sein.

Burger selber ist ein eifriger Verfechter dieser Reform, die er für dringend notwendig hält. „Es geht gar nicht in erster Linie darum, die sogenannte Doppelspitze zu beseitigen. Es geht vielmehr um das Verhältnis von Rat und Verwaltung. Burger: „Der Rat darf nicht als Neben- oder Doppelregierung agieren.“ Nach Überzeugung des Kommunalpolitikers Burger wäre eine Magistratsverfassung „etwas anders, aber ähnlich, wie sie in Hessen praktiziert wird“, eine saubere Lösung für NRW. Damit dieses Ziel erreicht wird, arbeitet Kölns erster Mann, der von sich sagt, daß ihm seine Oberbürgermeisterstätigkeit „zu Zweiviertel bis Zweidrittel Spaß macht“, in einer weiteren Kommission.

Gerlind Schaidt